BertelsmannStiftung

Auf dem Weg zur Demokratie?
Politische Liberalisierung in Myanmar

Marco Bünte*

Deutschland und Asien
Brücken bauen – Fortschritt fördern

Januar 2014 **Asia Policy Brief** 2014 | 01

Die Reformpolitik des seit März 2011 amtierenden Präsidenten Thein Sein nährt – nach mehr als fünf Jahrzehnten Diktatur – weltweit Hoffnungen auf Frieden und Demokratie in Myanmar. Die Bilanz nach knapp drei Jahren fällt jedoch gemischt aus: positive Entwicklungen im Bereich der Pressefreiheit, bei den politischen Gefangenen, im Umgang mit der Opposition. Gleichzeitig aber Stagnation im Dialog mit den ethnischen Gruppen, Eskalation der Kämpfe in den Minderheitengebieten und religiös motivierte Gewalt in einigen Landesteilen. Der vorliegende Asia Policy Brief nimmt eine kritische Bestandsaufnahme der Reformpolitik vor und fragt nach den Chancen einer Demokratisierung des langjährigen Militärregimes.

Einleitung

Der „burmesische Frühling“ kam für viele Beobachter unerwartet. Nach knapp zwei Jahrzehnten trat im März 2011 der langjährige Vorsitzende des Staatsrats für Frieden und Entwicklung (SPDC), Senior General Than Shwe (1992 – 2011) ab. Er löste den Militärrat auf und übergab die Macht an eine zivile Regierung unter Führung des neu gewählten Präsidenten Thein Sein. Als dieser bei seiner Amtseinführung weitreichende politische Reformen und eine Öffnung des lange abgeschotteten Landes versprach, glaubte zunächst niemand dem Präsidenten, der selbst langjähriges Mitglied des regierenden Militärrats war. Jedoch leitete Thein Sein in den ersten zweieinhalb Jahren zahlreiche politische Reformen ein, wie die Aussöhnung mit der oppositionellen Nationalen Liga für Demokratie (NLD) unter Vorsitz von Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi, die Freilassung zahlreicher politischer Gefangener und die Ausweitung politischer Freiheitsrechte. Thein Sein startete auch eine neue Friedensinitiative, die den ethnischen Gruppen des Vielvölkerstaats einen politischen Dialog in Aussicht stellte. Der Reformkurs resultiert nicht aus der Schwäche oder internen Spaltung des

* Dr. Marco Bünte ist Forschungsdirektor und stellvertretender Leiter der School of Arts and Social Sciences an der australischen Monash University, Malaysia Campus.

Militärs, sondern aus einer Politik der Stärke. In der letzten Dekade hatte das Militärregime neue Institutionen aufgebaut, die die Dominanz des Militärs auch in Zukunft sichern, wie die neue Verfassung und die militärnahe Regierungspartei „Union Solidarity and Development Party (USDP)“. Mit dieser Politik waren zwei Ziele verknüpft: 1) Die Stabilität sichernden, autoritären Institutionen sollten innerhalb der Armee einen Führungswechsel ermöglichen. Die alte Garde ging in den (sicheren) Ruhestand, die zweite, jüngere Riege um Regierungschef Thein Sein und Parlamentspräsident Shwe Mann wurde an die Spitze der neuen, sich gegenseitig kontrollierenden Institutionen versetzt. 2) Die innerhalb der nationalistischen Führungsriege als bedrohlich eingestufte Abhängigkeit von China sollte durch eine außenpolitische Neuorientierung reduziert und die Öffnung zum Westen ermöglicht werden, um eine wirtschaftliche Modernisierung einleiten und den Anschluss an den sich in der Region entwickelnden Aufschwung finden zu können. Die Reformpolitik ist folglich als Strategie der innenpolitischen und außenpolitischen Reorientierung zu verstehen.

Burgfrieden mit der Opposition

Der erste Schritt von Thein Seins Reformstrategie war die Einleitung eines Dialogs mit Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi. Ohne eine Zusammenarbeit mit der Ikone der Demokratiebewegung wäre eine Öffnung gegenüber dem Ausland unmöglich gewesen. Folglich setzte ein Prozess der Vertrauensbildung ein, der Aung San Suu Kyi dazu bewegte, ihre Blockadehaltung aufzugeben. Anfang Januar 2012 wurde das Parteien- und Wahlgesetz geändert, um der NLD die Kandidatur bei zukünftigen Wahlen zu ermöglichen. Die NLD wurde neu registriert und gewann bei den relativ freien und fairen Nachwahlen im April 2012 43 von 44 möglichen Sitzen. Zwar konnte die NLD keine tiefgreifende Demokratisierung anstoßen, sie agiert jedoch als Regierung im Wartestand und bemüht sich um Frieden und Versöhnung, Verankerung von Rechtsstaatlichkeit und demokratische Verfassungsreformen.

Die Frage, ob der Burgfrieden zwischen Regierung und Opposition anhält, hängt im Wesentlichen vom Ausgang der Verfassungsrevision und den Wahlen Ende 2015 ab. Die NLD ist zurzeit die wichtigste politische Kraft des Landes mit guten Chancen, sich in freien und fairen Wahlen Ende 2015 durchzusetzen. Dennoch sind die zwei Jahrzehnte anhaltende Repression nicht ohne Spuren an ihr vorübergegangen. Die Partei sieht sich aufgrund des hohen Alters der Führungsriege, der mangelnden Kenntnisse der jüngeren Parteikader sowie der undemokratischen Parteistrukturen in der Kritik. Sie lebt jedoch vom Charisma ihrer Führungsfigur. Um Aung San Suu Kyi selbst den Zutritt zum Präsidentenamt zu ermöglichen, bedarf es einer Verfassungsänderung. Die Oppositionsführerin hat deshalb verstärkt den Schulterschluss mit dem Militär gesucht. Sie besuchte im letzten Jahr die Militärparade am Tag der Streitkräfte und strich in der Öffentlichkeit die Bedeutung des Militärs heraus.

Dies alles verdeutlicht, dass Aung San Suu Kyi ihre prinzipielle Ablehnung gegen das quasi-militärische System abgelegt hat und moderate Töne anschlägt, um einen Kompromiss mit dem Militär zur weiteren Demokratisierung zu finden. Dieser Pakt, der dem Militär für die nächsten Jahre eine politische Rolle sichern und Aung San Suu Kyi erlauben würde, zur Präsidentin gewählt zu werden, wäre ein Durchbruch bei der Demokratisierung. Der Burgfrieden zwischen Regime und Opposition würde jedoch brüchig werden, wenn es nicht zu weiteren Reformen käme.

Neue Freiheiten

Die früheren Militärregimes regierten mit harter Hand und einem hohen Grad an Repression. Medien und Presse wurden drakonisch zensiert, Versammlungen von mehr als fünf Personen aufgelöst. Proteste wurden nicht geduldet, sondern – wie die Studentendemonstrationen

1996 oder die friedlichen Demonstrationen der Mönche 2007 – gewaltsam aufgelöst. Die Liberalisierung schuf jedoch ein völlig neues und offeneres Klima.

Medien- und Versammlungsfreiheit

Die Medien sind heute viel freier als jemals zuvor. In den letzten drei Jahren wurden Internet- und Pressekontrollen gelockert. Im August 2012 schaffte die Regierung die Vorzensur ab und gab damit ein wichtiges Instrument zur Kontrolle der Presse aus der Hand. Die Abschaffung der Zensur, die Freilassung inhaftierter Reporter und die Eröffnung von Büros der Exilantenpresse in der Hauptstadt haben ein komplett neues Klima für die Medien geschaffen. Dies lässt sich an den internationalen Rankings für Pressefreiheit ablesen. So hat sich Myanmar in den Berichten von Reporter ohne Grenzen vom 174. (2011) auf den 151. Rang (2013) verbessert.

Trotz dieser Öffnung bestehen weiterhin Einschränkungen. Laut Richtlinien der Regierung darf über sicherheitsrelevante Aspekte, Korruption und ethnische Fragen nicht berichtet und Kritik an der Regierung nicht geübt werden. In der Vergangenheit wurden diese Richtlinien umgesetzt, um die Pressefreiheit einzuschränken. So wurden im Juli 2012 zwei Magazine vom Markt genommen, nachdem sie über einen möglichen Kabinettswechsel spekuliert hatten. Darüber hinaus gibt es weiterhin ältere Gesetze, die Gefängnisstrafen für die Verbreitung bestimmter Informationen vorsehen. Journalisten befürchten, dass diese Gesetze bei einer Veränderung des politischen Klimas wieder zur Anwendung kommen könnten. Insgesamt ist die Presse trotz der bestehenden Einschränkungen jedoch weitaus freier als zuvor.

Auch das Versammlungsrecht wurde ausgeweitet. Präsident Thein Sein brachte im Dezember 2011 ein neues Gesetz auf den Weg, das Demonstrationen unter eingeschränkten Voraussetzungen ermöglichte. Veranstalter müssen die Behörden fünf Tage vorab informieren; die Behörden können die Demonstration verbieten. Das Gesetz sieht eine Gefängnisstrafe von einem Jahr für nicht genehmigte Demonstrationen vor. Myanmar hat in den vergangenen Jahren zahlreiche Demonstrationen erlebt, wie beispielsweise die Proteste im Mai 2012 gegen Energieengpässe in Yangon und Mandalay. Gleichzeitig untersagten die Behörden zahlreiche Demonstrationen – z. B. den Versuch von Studenten, dem 50. Jahrestag der Proteste an der Universität Yangon zu gedenken (bei den Demonstrationen 1962 war ein Dutzend Studenten ums Leben gekommen).

Insgesamt fällt auf, dass vor allem diejenigen Proteste untersagt wurden, die die Regierung in schlechtem Licht zeigen oder den Interessen des Militärs zuwiderlaufen. Im November 2012 schlugen Sicherheitskräfte den Protest von Dorfbewohnern gegen die Ausweitung einer Kupfermine in Letpadaung/Monywa nieder. Mehr als 70 Demonstranten wurden bei den Protesten gegen das chinesisch-myanmarische Joint Venture verletzt. Darüber hinaus wurden mehrere zivilgesellschaftliche Aktivisten verhaftet. Die Regierung entschuldigte sich öffentlich und setzte eine Untersuchungskommission unter dem Vorsitz von Aung San Suu Kyi ein, die über die Zukunft der Mine entscheiden sollte. Die Kommission empfahl den Ausbau der Mine, die Proteste halten jedoch an. Das Beispiel zeigt zwei Trends auf: 1) NGOs und zivilgesellschaftliche Gruppen haben heute weitaus mehr Spielraum als zuvor, den sie zur Organisation von Protesten nutzen. 2) Wenn die Protestaktionen den Interessen mächtiger (militärnaher) Konglomerate oder Staatsinteressen entgegenwirken, werden sie unterdrückt.

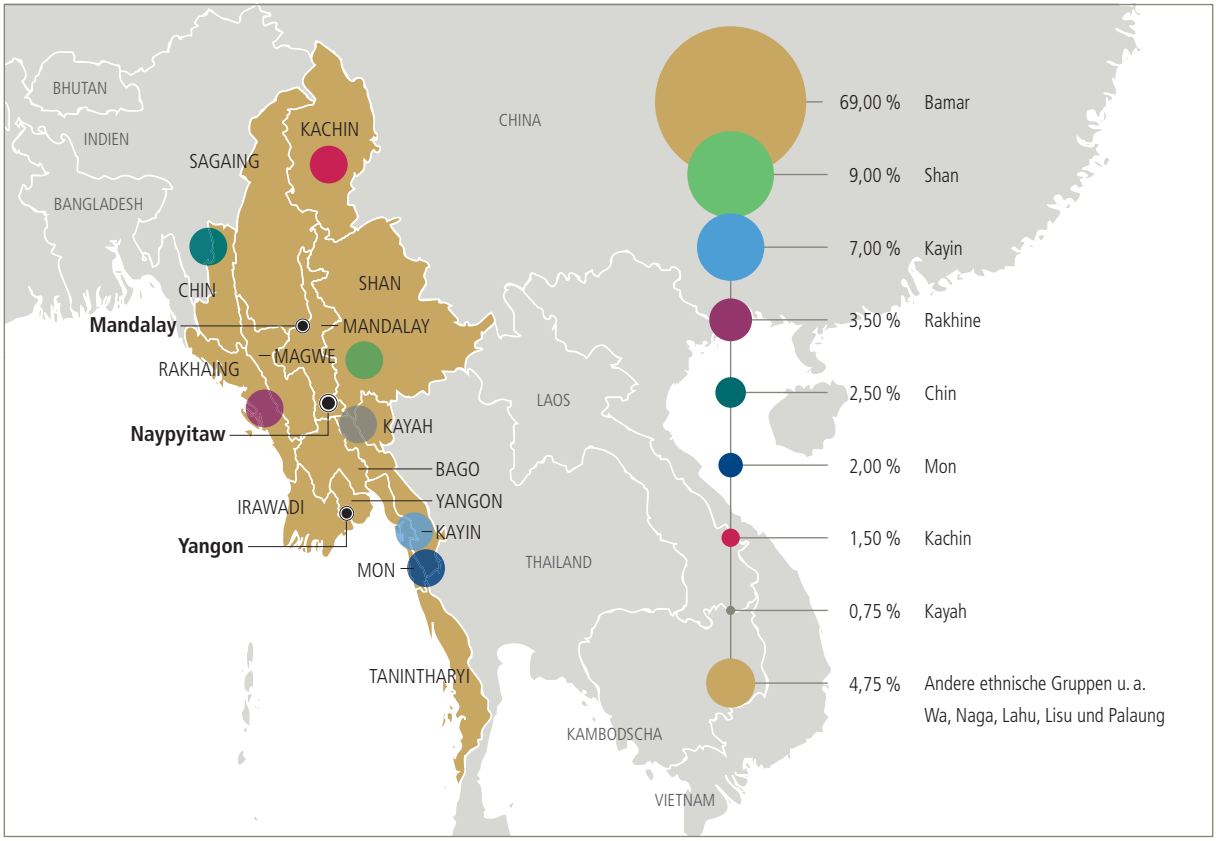
Politische Gefangene

Zu Zeiten der Militärregierung stagnierte die Zahl der politischen Gefangenen nach Schätzungen von Menschenrechtsorganisationen bei ca. 1.100. Dabei handelte es sich zumeist um Mitglieder der NLD, um Studenten oder Angehörige der ethnischen Gruppen. Prominentestes Beispiel war Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi,

die 16 der vergangenen 23 Jahre unter Hausarrest stand. Seit 2011 hat Präsident Thein Sein 14 Amnestien ausgesprochen und insgesamt 29.601 Gefangene freigelassen, davon nach Informationen der Assistance Association for Political Prisoners Burma (AAPPB) 1.071 politische Gefangene.

Im Februar 2013 setzte der Präsident ein Komitee aus Mitgliedern der Opposition und ehemaligen politischen Gefangenen (u. a. der 1988er Studenten-Generation) ein, um über die Freilassung der übrigen politischen Gefangenen zu beraten. Das Komitee konnte sich bislang nicht auf eine Definition des Begriffs „politischer Gefangener" und auf die Anzahl inhaftierter Gefangener einigen. Während seines Großbritannien-Besuchs im Juli 2013 hat Thein Sein erneut versprochen, alle noch inhaftierten politischen Gefangenen freizulassen. Nach einer erneuten Amnestie Ende Dezember gibt es laut Informationen des Präsidenten keine politischen Gefangenen mehr in Myanmar.

Abbildung 1: Myanmar – Ethische Zusammensetzung (Grobe Schätzungen)



Quelle: Eigene Darstellung gemäß der Daten des letzten Zensus von 1983 nach IRIN News der OCHA (UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs); http://www.irinnews.org/report/95195/briefing-myanmar-s-ethnic-problems.

Kritiker hingegen behaupten, dass die Zahl der politischen Gefangenen wieder ansteigt, da die Regierung diejenigen einsperrt, die gegen das neue Versammlungsgesetz verstoßen. Nach Angaben der AAPPB sind seit Dezember 2011 57 Menschen aufgrund eines Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz verhaftet worden.

Aussöhnung mit den ethnischen Gruppen

Präsident Thein Sein startete auch eine neue Friedensinitiative, die das Misstrauen der ethnischen Gruppen beseitigen sollte. Myanmar zählt zu den ethnisch und religiös heterogensten Ländern der Welt. Es existieren insgesamt über 130 ethno-linguistische Gruppen. Die mehrheitlich buddhistischen Birmanen stellen rund zwei Drittel der Bevölkerung, während die verschiedenen ethnischen Gruppen rund ein Drittel der 55 Millionen umfassenden Bevölkerung ausmachen. Die größten Minderheitsgruppen sind die Shan (9 %), die Kayin (7 %), gefolgt von den Rakhine (3,5 %), Chin (2,5 %), Mon (2 %) und Kachin (1,5 %). Im Zuge der Unabhängigkeit stimmten verschiedene Minderheitengruppen bei der Panglong-Konferenz 1947 der Gründung der Union Burma unter der Bedingung zu, dass sie eine weitreichende Autonomie erhalten würden.

In der Folgezeit kam es jedoch zu einer immer stärkeren Zentralisierung der politischen Macht in der Hauptstadt, die dazu führte, dass zahlreiche ethnische Rebellengruppen zu den Waffen griffen. Zwar hat die Regierung in den 1990er Jahren mit einigen dieser Gruppen Waffenstillstand geschlossen – die Kämpfe ebbten daraufhin ab und machten einem kalten Frieden Platz. Kursorisch aufflammende Kämpfe in den Minderheitengebieten führten jedoch zu massiven Menschenrechtsverletzungen und großen Flüchtlingsströmen. Innerhalb Burmas und in den Nachbarländern gab es teilweise bis zu 600.000 Flüchtlinge.

Thein Sein wählte auch für das Minderheitenproblem einen neuen Ansatz. Er versprach einen politischen Dialog ohne Vorbedingungen und schloss im ersten Jahr Friedensabkommen mit 17 kämpfenden Gruppen. Einerseits bietet die Friedensinitiative Thein Seins Grund zum Optimismus, da die Freilassung politischer Gefangener, der wachsende Spielraum für ethnische Medien und Parteien sowie die Dezentralisierung politischer Macht mehr Gestaltungsräume für die Minderheiten ermöglichen. Zudem handelt es sich um eine drastische Abkehr gegenüber der Assimilierungspolitik früherer Regierungen.

Gleichzeitig ließen die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen der Armee in den Gebieten der Minderheiten sowie die Eskalation der Kampfhandlungen die Frage aufkommen, ob die Armee tatsächlich hinter dem Reformkurs des Präsidenten steht. Die Armee unternahm von Juni 2011 bis Februar 2013 mehrere Militäroffensiven gegen eine der stärksten Rebellenarmeen im Kachin-Staat, die Kachin Independence Organisation. Erst im Oktober 2013 wurde ein neues Friedensabkommen zwischen der Regierung und der Rebellenorganisation unterzeichnet. Auch im Shan-Staat und Karengebiet kam es zu Kämpfen.

Jahrzehntelange Kämpfe haben auf beiden Seiten ein Klima des Misstrauens geschaffen. Die ethnischen Gruppen haben nach wie vor große Vorbehalte gegenüber der Regierung. Diese verlangt, dass die ethnischen Gruppen ihren sezessionistischen Kampf aufgeben, die Verfassung anerkennen und eine gesamtnationale Armee aufbauen helfen. Die ethnischen Gruppen haben 0verlangen eine Neuschrift oder Revision der Verfassung, den Aufbau eines Föderalstaates mit einer föderal aufgebauten Armee. Bislang stehen sich beide Seiten unversöhnlich gegenüber. Es hat jedoch ein politischer Dialog eingesetzt, der die Regierung mit den Konfliktparteien zusammenbringt. Längst ist in Myanmar eine Diskussion über den Föderalismus entbrannt, ohne dass bislang deutlich ist, welche Form föderaler Arrangements bevorzugt wird. Das seit Juli tagende Verfassungskomitee des Parlaments wird auch diese Fragen diskutieren.

Liberalisierung, nationalistische Mobilisierung und Gewalt: Die dunkle Seite der Öffnung

Myanmars politische Öffnung ließ lange Zeit schwelende Konflikte zwischen Buddhisten und muslimischen Rohingya im Rakhine-Staat an der Grenze zu Bangladesh eskalieren. Die Kämpfe zwischen Buddhisten und Muslimen führten bislang zu rund 2.000 Toten und 140.000 Vertriebenen. Im Juni 2012 rief der Präsident den Notstand aus und beorderte die Armee in das Krisengebiet. 2013 sprang die Gewalt auf Zentral-Myanmar über.

Die Ursachen der Gewalt sind vielfältig. Die muslimischen Rohingya werden in Myanmar nicht als Teil des Nationalstaats behandelt, da sie erst nach der Staatsgründung 1948 in verschiedenen Flüchtlingswellen ins Land gekommen sind. Bereits in den 1970er und 1990er Jahren kam es zu Pogromen gegenüber der muslimischen Minderheit. Die Region gehört zu den Ärmsten in Myanmar, die Rohingya werden seit Jahrzehnten diskriminiert, die Regierung verweigert ihnen die vollständige Staatsbürgerschaft. Auch die von Präsident Thein Sein im August 2012 eingesetzte Untersuchungskommission arbeitete die Gewaltausbrüche nicht systematisch auf. Vielmehr empfahl sie, die Sicherheitskräfte besser auszustatten, um bei künftigen Krisen effizienter reagieren zu können. Darüber hinaus sprach sie die Empfehlung aus, die Geburten bei Muslimen auf zwei Kinder zu begrenzen, um das Bevölkerungswachstum zu stoppen. Die UN-Menschenrechtskommission hat eine Empfehlung ausgesprochen, den Rohingya die Staatsbürgerschaft zuzugestehen. Dies ist jedoch in Myanmar nicht mehrheitsfähig.

Auch die Gewalt gegenüber Muslimen in Zentral-Myanmar ist im Kontext eines wachsenden Nationalismus und dem Einfluss radikaler Mönche zu verstehen – die sog. 969-Bewegung predigt Intoleranz und den Boykott muslimischer Geschäfte. Obwohl Muslime nur ca. vier Prozent der Gesamtbevölkerung darstellen, ist die Angst vor Überfremdung durch einwandernde Muslime groß. In sozialen Netzwerken werden nationalistische Slogans und Hasstiraden propagiert. Radikale Mönche verbreiteten nationalistische DVDs. Nachdem die Juli-Ausgabe der TIME in einer Titelgeschichte den radikalen buddhistischen Mönch Wirathu als „Gesicht des Terrors“ und buddhistischen „Bin Laden“ porträtierte, gingen Dutzende Mönche in Yangon auf die Straße. Die Regierung nahm die Ausgabe der Zeitschrift vom Markt, tat aber nichts, um der nationalistischen Hetze entgegenzutreten. Buddhistische Mönche protestierten auch gegen den Besuch des Islamischen Komitees (OIC) in Yangon.

Alles in allem ermöglicht die Liberalisierung eine Mobilisierung entlang ethnischer und religiöser Linien. Die ethnischen und religiösen Unruhen stellen das größte Hindernis auf dem Weg zur Demokratie dar. Verschwörungstheoretiker verweisen in diesem Zusammenhang auch auf die Rolle der Streitkräfte, die beim Ausbruch der Gewalt verspätet und nur zögerlich eingegriffen haben. Gerüchten zufolge wollen Hardliner im Militär den politischen Reformprozess blockieren. Bislang wurden jedoch keinerlei Fakten für eine derartige Interpretation gefunden.

Die Rolle des Militärs in Zeiten des Wandels

Das Militär regiert nicht mehr direkt, hat jedoch indirekt noch immer einen immensen Einfluss. Verfassungsgemäß nimmt das Militär eine Führungsrolle in der Politik ein, die es zusammen mit den politischen Parteien im Parlament und dem Präsidenten ausübt. Diese Führungsrolle wird durch Repräsentation in den nationalen Parlamenten ausgefüllt – 25 Prozent der Sitze sind für Militärs reserviert. Darüber hinaus sind zahlreiche Ministerämter für Militärs vorgesehen, allen voran sicherheitsrelevante Ministerien, wie das Innenministerium, das Ministerium für Grenzfragen und das Verteidigungsministerium. Der Einfluss des Militärs auf die tägliche Politik ist deutlich zurückgegangen, da zivile Institutionen an Macht gewonnen haben. Hier sind vor allem politische Parteien in den

Parlamenten und der Präsident zu nennen. Diese haben die Reformpolitik der vergangenen Jahre geprägt. NGOs, Unternehmer- und Bauernverbände haben die Debatten der letzten zwei Jahre weitaus stärker bestimmt als die Repräsentanten des Militärs.

Der Militärhaushalt wurde in den vergangenen Jahren deutlich reduziert, die Ausgaben für Soziales und Gesundheit sind angestiegen. Das Militär hat jedoch nach wie vor ein Notstandsrecht, es regelt seine eigenen Angelegenheiten autonom und ohne den Einfluss ziviler Politiker. Darüber hinaus gibt es keine Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit. Insgesamt ist das Militär nach wie vor der dominante Akteur, der hinter den Kulissen als Wächter über die Politik fungiert. Die Reformen der vergangenen Jahre haben jedoch dazu geführt, dass verstärkt über die Rolle des Militärs diskutiert wird.

Verfassungsreformen: Stillstand oder Paktierte Demokratisierung?

Myanmar befindet sich momentan an einem historischen Wendepunkt. Ob das Land den Weg zur Demokratie einschlagen wird, hängt im Wesentlichen davon ab, ob das Parlamentskomitee zur Revision der Verfassung einen Kompromiss finden wird. Das 109 Mitglieder umfassende, alle Parteien repräsentierende Komitee wurde Ende Juli eingesetzt. Regierungs- und militärnahe Parteien haben die Mehrheit: Die USDP hat 52 Mitglieder, die Streitkräfte 25 – die NLD hingegen nur sieben. Die wichtigsten Reformfragen sind hierbei:

1) Die Frage der Präsidentschaft Aung San Suu Kyis: Gegenwärtig schließt ein Verfassungsartikel Kandidaten von der Präsidentschaft aus, die mit einem Ausländer verheiratet sind oder Kinder im Ausland haben. Dieser Passus ist vor allem für Aung San Suu Kyi relevant, da sie zwei Kinder im Ausland hat und mit einem Briten verheiratet war. Sollte der Verfassungsartikel nicht revidiert werden, wären auch die Chancen der NLD bei den Wahlen 2015 gemindert.
2) Die Einführung eines Föderalsystems. Fast alle ethnischen Gruppen fordern die Einführung eines föderalen Systems. Bislang sieht die Verfassung lediglich eine Dezentralisierung im unitarischen Kontext vor und dem burmesischen Militär ist die Idee einer Machtteilung im Rahmen eines Föderalstaates fremd.
3) Die Rolle des Militärs: Verhandelt wird auch über eine Neufassung der Rolle des Militärs, seiner Repräsentation in Parlament und Kabinett.

Das Komitee wird Ende Januar 2014 seinen Bericht vorlegen. Das Parlament muss dann mit einer Mehrheit von 75 Prozent eine Verfassungsänderung beschließen, ehe das Dokument in einem Referendum angenommen werden kann. Der Zeitrahmen bis zu den Ende 2015 stattfindenden Wahlen ist eng gesetzt und die gegenwärtige Akteurskonstellation ist für weitreichende Reformen eher ungünstig. Die Regierungspartei USDP hat angekündigt, keine radikalen Reformen vornehmen zu wollen. Gleichzeitig will sie die Verfassung ändern, um Aung San Suu Kyi den Zugang zum Präsidentenamt zu ermöglichen. Das Militär befindet sich in einer Vetoposition und kann sämtliche Reformen blockieren. Als Hüter des Nationalstaates wird es erst den Ausgang der politischen Verhandlungen zwischen Regierung und ethnischen Gruppen abwarten, ehe es weitreichenden Reformen zustimmt. Die Aussichten für eine baldige Demokratisierung sind also eher düster. Sollte es nicht zu einer Übereinkunft zwischen Militär, Opposition und ethnischen Gruppen kommen, wäre eine weiterreichende Demokratisierung erst dann möglich, wenn nach den Wahlen 2015 eine neue Kräfteverteilung im Parlament vorläge. Die Internationale Gemeinschaft sollte sich folglich darauf konzentrieren, den Staatsbildungsprozess zu unterstützen und die Fairness der Wahlen 2015 zu garantieren.

Weiterführende Lektüre:

BTI Country-Report Myanmar, Gütersloh, Bertelsmann-Stiftung: www.bti-project.de/fileadmin/Inhalte/reports/2012/pdf/BTI%202012%20Myanmar.pdf.

Bünte, Marco: Burma's transition to quasi-military rule: From Rulers to Guardians, in: Armed Forces & Society, forthcoming, ONLINE First doi:10.1177/0095327X13493275, first published on 5. July 2013.

Steinberg, David: Burma/Myanmar: What everyone needs to know, Oxford 2010.

Für weitere Publikationen von Marco Bünte zu Myanmar siehe: http://marcobuente.wordpress.com/veroffentlichungen/

Zuletzt erschienen:

Asia Policy Brief 2013 | 05
Ökonomische Konsequenzen eines transatlantischen Freihandelsabkommens für Asien
Thieß Petersen

Asia Policy Brief 2013 | 04
Zwischen atomarer Aufrüstung und Wirtschaftspragmatismus: Nordkorea im Wandel?
Rüdiger Frank

Asia Policy Brief 2013 | 03
Japan und China:
Bittere Rivalen und enge Partner
Axel Berkofsky

Wenn Sie Rückfragen haben oder den „Asia Policy Brief" abonnieren möchten, schreiben Sie bitte an **asien@bertelsmann-stiftung.de**.

Alle Ausgaben des „Asia Policy Brief" finden Sie auf unserer Website **www.bertelsmann-stiftung.de/asien** unter „Kurzanalysen zu aktuellen Themen".

ISSN 2195-0485

V.i.S.d.P.

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
D-33311 Gütersloh

Stephan Vopel
stephan.vopel@bertelsmann-stiftung.de

Dr. Peter Walkenhorst
peter.walkenhorst@bertelsmann-stiftung.de